

SPÖ: Sozialkompetenz als Nagelprobe

■ ADALBERT KRIMS



Adalbert Krims, geboren 1948 in Freistadt OÖ. Zunächst Redakteur bei der Monatszeitschrift „Neues Forum“. Dann bis 1990 Informationsarbeit bei verschiedenen entwicklungspolitischen Organisationen. Seit 1991 Redakteur beim ORF, seit 2003 in der Hörfunk-Religionsabteilung.

„Die Verteilungsgerechtigkeit gehört zur Sozialdemokratie, denn sie ist ihre Seele.“ (Bundeskanzler Werner Faymann am 18. April 2009 vor dem Landesparteitag der SPÖ Oberösterreichs). Der Koalitionspartner ÖVP formuliert hingegen ganz anders: „Es kann keine Verteilungsgerechtigkeit ohne Leistungsgerechtigkeit geben.“ (Vizekanzler Josef Pröll in der „Kronen-Zeitung“ vom 25. Oktober 2009).

Worin besteht der Unterschied zwischen beiden Sätzen? „Verteilungsgerechtigkeit“ orientiert sich am Ziel einer möglichst gleichen Teilhabe aller Menschen an den gesellschaftlichen Ressourcen (Vermögen, Einkommen, aber auch Zugang zu Bildung, Kultur, Gesundheitsversorgung etc.), wobei Unterschiede z.B. auf Grund von Leistung durchaus möglich sind, aber immer begründbar sein und somit auch in einem gewissen Rahmen bleiben müssen. Da der Markt keine Verteilungsgerechtigkeit herstellt, muss der Staat durch Umverteilung eingreifen. „Leistungsgerechtigkeit“ orientiert sich hingegen nicht am Ziel der Gleichheit, sondern am Unterschied, der sich auf dem Markt ergibt. Da die Gesellschaft von Leistung lebt, muss diese auch entsprechend belohnt werden. Deshalb soll der Staat die „Leistungssträger“ entlasten bzw. fördern. Dadurch kann dann auch die Existenz der aus unterschiedlichen Gründen nicht leistungsfähigen Bevölkerungsgruppen gesichert werden. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass diese Existenzsicherung nicht zu einer „sozialen Hängematte“ für leistungsunwillige Gruppen wird.

Durch die Krise hat sich der Widerspruch zwischen diesen beiden Konzepten von Gerechtigkeit noch verschärft. Einerseits gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber, dass staatliche „Pakete“

für verschiedene, besonders betroffene Wirtschaftssektoren „geschnürt“ werden müssen. Zuerst wurde der Finanzsektor bedacht, obwohl diesen die Hauptschuld für die Krise trifft. Armutskonferenz und Attac formulierten so: „Banken, Wirtschaft, Industrie. In dieser Reihenfolge hat die Regierung in der Krise milliardenschwere Hilfspakete an die ökonomischen Eliten verteilt. Den betroffenen Menschen drohen hingegen Sparpakete und eine massive Umverteilung von Armen zu Reichen.“

Klar ist, dass die einzelnen Rettungs- oder Konjunkturpakete den Staatshaushalt belasten und irgendwie (und irgendwann) finanziert werden müssen. Bundeskanzler Faymann formulierte zwar vorsichtig, aber immerhin: „An der Krise werden noch viele lange zu zahlen haben, wir müssen dafür sorgen, dass nicht die Falschen die Rechnung zugestellt bekommen“ (beim Landesparteitag der SPÖ Steiermark, 19. Oktober 2009).

Auch bei anderen Gelegenheiten betonte Faymann immer wieder, dass man „die Kosten der Wirtschaftskrise nicht auf die Ärmsten in unserer Gesellschaft abwälzen“ dürfe.

Wie sieht aber die Realität aus? Wer soll die „Kosten der Wirtschaftskrise“ tragen?

Und da tönt es plötzlich gleichlautend von Kanzler und Vizekanzler: „Keine neuen Steuern!“ Stimmen aus der Gewerkschaft und Teilen der SPÖ, die eine Wiedereinführung von Steuern auf Vermögen, Erbschaften und Schenkungen (jeweils mit hohen Freibeträgen) sowie eine stärkere Besteuerung von Privatstiftungen fordern, werden nicht nur vom ÖVP-Chef, sondern auch vom SPÖ-Vorsitzenden unisono zurückgewiesen – und zugleich zum Abschluss in der „Kronen-Zeitung“ freigegeben. Abgesehen davon, dass Österreich bezüg-

lich Vermögensbesteuerung innerhalb der EU zu den Schlusslichtern gehört, wären vermögensbezogene Steuern nicht nur ein Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

Nachdem der Staat gerade in der Krise auch finanziell gefordert ist, wäre es auch ökonomisch sinnvoll, wenn er sich dort Geld holt, wo es noch im Überfluss vorhanden ist. Und hier fiel auch das Argument (bzw. die Ausrede) weg, Österreich könne nur im EU-Gleichklang handeln. Wenn Österreich nämlich seine vermögensbezogenen Steuern von 0,57 Prozent auf das EU-Durchschnittsniveau von 2,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anheben würde (die kapitalfreundliche Schweiz hat übrigens 2,4 Prozent), brächte das dem Finanzminister mit einem Schlag zusätzlich 4,2 Milliarden Euro (nach Berechnungen der Arbeiterkammer).

Dass Finanzminister Pröll offenbar aus ideologischen Gründen eine Vermögensbesteuerung ablehnt, widerspricht zwar den angeblichen christlich-sozialen Werten der ÖVP, ist als Ausdruck seiner wirtschaftsliberalen Haltung aber nachvollziehbar. Warum Bundeskanzler Faymann hingegen auch gegen innerparteiliche Widerstände an seinem „Nein“ zu einer Ausweitung der Vermögensbesteuerung festhält, ist auf den ersten Blick unlogisch.

Dasselbe Muster zeigt sich auch im Sozialbereich: die gerade in Krisenzeiten besonders dringliche Mindestsicherung, über die es schon vor dem Ende der Regierung Gusenbauer-Molterer Konsens gegeben hatte, ist erneut verschoben (auf 1. September 2010) und außerdem um 14 Prozent gekürzt worden (12- statt der bereits vereinbarten 14-maligen Auszahlung).

Pröll argumentierte klar ideologisch: der Abstand zwischen Arbeitseinkommen und Mindestsicherung dürfe nicht zu klein werden, damit letztere nicht zur „sozialen Hängematte“ werde.

Die SPÖ hat dem aber nicht etwa die Forderung nach Schaffung eines gesetzlichen Mindestlohnes (1000 Euro oder mehr) entgegengesetzt, sondern hat einfach nachgegeben.

Auch beim Arbeitslosengeld, wo die Gewerkschaften eine Anhebung der Netto-

ersatzrate von 55 auf den EU-Durchschnitt von 70 Prozent fordern, bleibt die SPÖ stumm. Dabei würde gerade in der Krise die Erhöhung von Leistungen für Niedrigeinkommen unmittelbar die Nachfrage stärken und damit die Wirtschaft beleben.

Es stellt sich daher die Frage, warum die SPÖ – entgegen ihren allgemeinen Bekenntnissen (für Verteilungsgerechtigkeit, gegen Abwälzung der Krisenfolgen auf die Allgemeinheit) – einerseits die großen Vermögen schon und andererseits sehr wohl bei den Ärmern einspart.

Meine Antwort ist eine dreifache:

1. Die SPÖ-Regierungspolitik ist durch ein ideologisches Vakuum geprägt, das sie (noch dazu nicht sehr erfolgreich) durch PR auszufüllen versucht.
2. Im Zusammenhang damit vermeidet sie möglichst alles, um mit dem Boulevard (insbesondere der „Kronen-Zeitung“) in Konflikt zu geraten. Ich halte zwar mediale Äußerungen, wonach Hans Dichand der eigentliche Bundeskanzler sei, für böartige Übertreibungen, aber offenbar will die SPÖ (übrigens nicht nur sie!) zumindest „Krone-kompatibel“ sein.
3. Für die SPÖ stellt der Wechsel der ÖVP von der großen zur schwarz-blauen Koalition im Jahr 2000 und die darauffolgenden sechs Jahre Schüssel-Regierung immer noch ein Trauma dar. Um eine Wiederholung zu vermeiden, hat sich zuerst Gusenbauer und dann Faymann in der Regierung weitgehend der ÖVP unterworfen, zumal die SPÖ – im Unterschied zur ÖVP – eine Koalition mit der FPÖ ausgeschlossen hatte.

Unabhängig davon, ob nun das eigene inhaltliche Versagen oder die Anpassung an Boulevard und Koalitionspartner hauptverantwortlich für den Kurs der SPÖ ist: wenn es ihr nicht gelingt, Sozialkompetenz glaubhaft zurückzugewinnen, sind die nächsten Wahlniederlagen bereits vorprogrammiert. ■

■ Nachdem der Staat gerade in der Krise auch finanziell gefordert ist, wäre es auch ökonomisch sinnvoll, wenn er sich dort Geld holt, wo es noch im Überfluss vorhanden ist.